

Pressemitteilung

Berliner Senatskanzlei verweigert Bauern die Pflanzung eines Kirschbaums

Am 11.03.2013, zum zweiten Jahrestag der Katastrophe in Fukushima, wird als Symbol der Solidarität mit dem japanischen Volk und mit den vom Tepco Konzern verfolgten Aktivisten eine japanische Kirsche gepflanzt.

Im Vorfeld hatten die Bauern die Berliner Verwaltung um Genehmigung gebeten, die japanische Kirsche am 11. März, am zweiten Jahrestag der Reaktorkatastrophe, im Berliner Tiergarten gegenüber der japanischen Botschaft pflanzen zu dürfen.

Damit wollten Bauern der Anti-Atom-Bewegung aus Norddeutschland an diesem Tag ein Zeichen setzen. Jedoch stehe die Pflanzung einer japanischen Kirsche am Fukushimajahrestag laut dem Bezirksamt Mitte von Berlin nicht im öffentlichen Interesse.

Ludwig Pape, der Anmelder der Aktion, erklärte: „Die Ablehnung der Pflanzung eines Baumes ist völlig inakzeptabel und in hohem Maße unerhört! Wenn Bauern aus Deutschland am Fukushimajahrestag ein Zeichen an die Menschen Japans senden wollen und dies mit der Begründung, das läge ‚nicht im Interesse Berlins‘ abgelehnt wird, ist dies bitter traurig, ein Armutszeugnis mangelnder Sensibilität für das Volk Japans.“

Die japanische Kirsche gilt als eines der wichtigsten Symbole der japanischen Kultur und steht für Schönheit, Aufbruch und Vergänglichkeit.

Mit der Ablehnung der Pflanzenaktion am „Tag der Katastrophe“ durch das Bezirksamt Mitte wird ein für Berlin peinlicher Vorgang produziert, der von Provinzialität zeugt.

Die Verantwortlichen der Aktion kündigen an, dass sie sich an die Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus wenden wollen, um doch noch eine Genehmigung für diese solidarische und der Völkerverständigung dienenden Aktion zu erhalten.

Bei Rückfragen:

Ludwig Pape 05507999548 (Bauer)

Klaus Ehlbeck 01749388794 (Anti Atom Berlin)